

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Ungestört in Moskau](#)
2. [Statement for Peace from the Tomb of the Unknown Soldier on Red Square in Moscow](#)
3. [Streit um den Waffenstillstand](#)
4. [Israel/Gaza](#)
5. [USA wollen straffällig gewordene Migranten nach Libyen abschieben](#)
6. [Merz' Macht-Manifest](#)
7. [Wohnarmut: Verarmungsprogramm Wohnen](#)
8. [Fabio De Masi nach „Pfizergate“-Urteil: „Von der Leyen führt sich in Brüssel wie Ludwig XIV auf“](#)
9. [Ursprung des Coronavirus – Mit Gain-of-Function-Forschung ist die nächste Pandemie programmiert](#)
10. [Die Geldökonomie: Warum Exportrückgänge höhere Staatsdefizite erfordern](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Ungestört in Moskau

Ukrainische Angriffe auf russische Siegesparade blieben aus. Soldaten aus Ländern des globalen Südens marschierten mit. Aufruf Putins zur nationalen Einheit (...)

Auf den Ukraine-Krieg ging Putin in seiner etwa zehnminütigen Ansprache nur am Rande ein: Er beschwor, dass die ganze russische Gesellschaft die in der Ukraine

kämpfenden Soldaten unterstütze, und er nannte unter den wichtigsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs auch die am Dnjepr Ende 1943 – also die Rückeroberung der Ukraine.

Zentraler Punkt von Putins Rede war der Aufruf zur nationalen Einheit. Er würdigte den Einsatz der Generation der Veteranen, die »unsere tausendjährige Geschichte und Kultur und die traditionellen Werte« verteidigt hätten. Da wurde das sowjetische Erbe doch ziemlich auf aktuelle Bedürfnisse hin umgeschminkt. Ebenso dankte Putin den Angehörigen der östlichen und südlichen Exrepubliken für den gemeinsamen Kampf und sagte, die Weltgeschichte werde sie alle, von Armeniern bis zu Tadschiken, für immer als »russische Soldaten« in Erinnerung behalten.

An der abschließenden Zeremonie am Grab des Unbekannten Soldaten fiel auf, dass das russische Protokoll den slowakischen Regierungschef Fico gut sichtbar in unmittelbarer Nähe Putins platziert hatte. Man kann es als Wink sehen, dass Russland auch Europa nicht aus dem Blickfeld verloren hat.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu: **Wladimir Putins Ansprache bei der Siegesparade in Moskau am 9. Mai 2025**

Quelle: [Seniora.org](#)

dazu auch: **Aus der Zeit gefallen: Deutsche Machtansprüche im Licht der Siegesparade zum 9. Mai**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

und: **Tag der Befreiung: Festival der Revisionisten**

Ukraine: Bundeswehr-Generalmajor hofiert beim 8.-Mai-Gedenken »Asow«-Nazikommandeur

Offiziell reiste der Generalmajor der Bundeswehr Christian Freuding am 8. Mai für Gespräche mit Vertretern der dortigen Regierung über militärische Unterstützung nach Kiew. Wie der unabhängige Publizist Moss Robeson berichtet, traf der Leiter des Planungs- und Führungsstabs des Bundesverteidigungsministers und des Lagezentrums Ukraine dort aber auch Oleg Romanow, Kommandeur des Panzerabwehrbataillons des 3. Korps »Asow« der ukrainischen Armee. Tatsächlich findet sich auf Romanows Instagram-Kanal ein Foto, auf dem er gemeinsam mit Freuding ein T-Shirt der »Asow«-Drohneneinheit »Paskuda Group« hochhält – zum »Tag des Gedenkens und des Sieges über den Nazismus«, heißt es in dem Post, in dem beide Offiziere in Felduniform zu sehen sind.

Quelle: [junge Welt](#)

2. **Statement for Peace from the Tomb of the Unknown Soldier on Red Square in Moscow**

Today, on 9 May 2025, we and a small group of Parliamentarians from the European Parliament pay our respects at the grave of the unknown soldier on Red Square in Moscow. For Germans this visit should have a special significance, as the Russian soldier who is buried here fell in the Second World War against Nazi Germany. He is a reminder for Germans to uphold peace among our two countries. This unknown soldier is a silent witness to the enormous blood toll that Russia paid in the war against a criminal Nazi Germany. Almost half of the 60 million people who died in that war were Soviet citizens, the vast majority of them Russians.

And so we are filled with shame that, in Germany, of all places, in the country responsible for

so many atrocities in the Second World War, Russians have been excluded from commemorations for those who died in that war. On this day, which is so memorable for German-Russian relations, we should have been reflecting together on why, despite the bitter experiences of the past, Germany and Russia are once again facing each other in a war.

Because this war could have been prevented if we had been willing to negotiate with Russia about NATO expansion. Where was Germany in all of this? And why did Germany not support the Ukrainian-Russian peace negotiations in March 2022? The Istanbul Communiqué was a brilliant achievement of Ukrainian diplomacy, and Russia had accepted these Ukrainian peace proposals. The war could therefore have ended just one month after it started. How many victims, how much human suffering, how much destruction could have been spared – above all that of the Ukrainian people.

Quelle 1: [Michael von der Schulenburg](#)

Quelle 2: [NachDenkSeiten](#)

dazu auch: **Pazifismus 2025: “Frieden entsteht nicht, indem wir einander abschrecken”**

Deutschland setzt im Ukraine-Krieg auf Waffen. Die Friedensbewegung warnt vor einer Eskalation. Warum? Das erklären Lutz Mücke und Margot Käßmann.

Die Initiative “Leipzig bleibt friedlich” wurde 2019 gegründet, um zu verhindern, dass der Leipziger Flughafen zu einem Militärdrehkreuz wird. Gleichzeitig knüpft sie an die Friedliche Revolution von 1989 und die Tradition der Friedensgebete an.

Am kommenden Montag ist in der Leipziger Nikolaikirche ein weiteres Friedensgebet geplant. Dietmar Ringel sprach mit Lutz Mücke, Initiator von “Leipzig bleibt friedlich”, und der Theologin und ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann.

Quelle: [Telepolis](#)

3. Streit um den Waffenstillstand

Außenminister Johann Wadephul und seine Amtskollegen aus sechs weiteren europäischen Staaten fordern Russland zu einem sofortigen Waffenstillstand vor den für Donnerstag angekündigten russisch-ukrainischen Gesprächen in Istanbul auf. Verweigere Moskau dies, dann werde die EU neue Sanktionen verhängen und „sehr viel Druck“ ausüben, erklärte Wadephul nach einem Außenministertreffen am gestrigen Montag in London. Die westeuropäischen Regierungen wollen verhindern, dass Kiew, das sich militärisch in der Defensive befindet, während der Verhandlungen durch Niederlagen an der Front zusätzlich unter Druck gerät. Wie Moskau nach 16 EU-Sanktionspaketen in drei Jahren nun plötzlich so stark bedrängt werden soll, dass es seinen Kurs ändert, ist unklar. Die neue Bundesregierung kündigt unabhängig davon an, Waffenlieferungen an die Ukraine nicht mehr bekanntzugeben. Damit würde auch eine mögliche Lieferung des Marschflugkörpers Taurus geheimgehalten, obwohl sein Einsatz eine aktive deutsche Kriegsbeteiligung erfordert – mit weitreichenden Konsequenzen. Kiew stellt Berlin unterdessen lukrative Geschäfte in Aussicht und lobt Deutschland als „eine führende Kraft des Guten“.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

dazu: **Deutsches Ultimatum an Putin: Wenn die Uhr nicht mehr läuft, kommt der Kuckuck**

Da werden jetzt wirklich Furcht und Schrecken herrschen auf den Fluren des Kreml, wegen dieses deutschen Ultimatums. Schließlich haben die bisherigen 16 Sanktionspakete bereits zum völligen wirtschaftlichen Ruin Russlands geführt, weshalb ein weiteres derartiges Paket bestimmt sofortigen Gehorsam auslöst. Nein, in Wirklichkeit ist das vor allem peinlich und komisch. Schließlich ist einer der Schritte, die als Teil dieses 17. Sanktionspakets bekannt wurden, ein Beschluss der EU, der Pipeline Nord Stream 2 endgültig und dauerhaft den Betrieb zu untersagen. Gerade von deutscher Seite ist das so, als würde jemand erklären: „Wenn du nicht tust, was ich will, renne ich mit dem Kopf gegen die Wand, bis ich umfalle“; eine Drohung, die dasselbe Gefühl auslöst wie ein Dreijähriger, der sich neben der Supermarktkasse schreiend auf den Boden wirft, weil er den gewünschten Schokoriegel nicht bekommt.

Quelle: [Dagmar Henn auf RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Der Wahnsinn nimmt kein Ende – im Gegenteil: Es wird immer schlimmer. Und wer die Worte von Neu-Regierungssprecher Kornelius*

liest, könnte meinen, die von Dagmar Henn [hier](#) geäußerten Befürchtungen könnten sich zu bewahrheiten: „Bei fast keiner der an Kiew gelieferten Waffen war es so, dass die Lieferung erst stattfand, nachdem ihr Einsatz freigegeben wurde. Die Storm Shadow und die Scalp waren bereits in der Ukraine, als die Freigabe erfolgte. Es gibt keinen Grund, diesmal von einer größere Zeitspanne auszugehen; im Gegenteil, die erforderlichen Umrüstungen, damit die Taurus mit in der Ukraine vorhandenen Flugzeugen eingesetzt werden kann, haben höchstwahrscheinlich bereits stattgefunden.“

dazu auch: **Haltlose Ultimaten**

Die Koalition der Willigen hat an Russland ein Ultimatum gestellt. Sofortige Waffenruhe über 30 Tage oder eine Verschärfung der Sanktionen sowie weitere Waffenlieferungen an die Ukraine. Frist bis Montag, so genau wusste man das aber offenbar gar nicht. Denn der neue Regierungssprecher erklärte erst am Montag, dass die Frist um Mitternacht ablaufe. Sollte Russland bis dahin keine Waffenruhe beginnen, wolle Deutschland und die europäischen Verbündeten dann am Dienstag mit der Vorbereitung neuer Sanktionen beginnen. Im Köcher ist also noch gar nichts, obwohl man nach dem breitbeinigen Fototermin in Kiew am Wochenende zunächst etwas anderes vermuten durfte. Die Drohung besteht also in dem Beginn eines weiteren europäischen Abstimmungsprozesses. Das ist alles so lächerlich...

...und spielt auch keine Rolle, weil sich der preisgekrönte Edeljournalismus nicht so sehr mit dem Stümperhaften der Mächtigen beschäftigt, sondern eher mit Taschentüchern, die armselig Bekloppte in den sozialen Netzwerken für ein Tütchen Koks halten. So etwas erfordert die gesamte Aufmerksamkeit und führt natürlich auch dazu, den peinlich agierenden Regierungen noch ein wenig mehr den Rücken zu stärken. Schließlich geht es nicht nur gegen Putin, sondern auch oder vor allem gegen dessen angebliche Statthalter in den Netzwerken und in der Politik.

Quelle: [TauBlog](#)

und: **Verlängertes Sterben**

Der Westen hat einen Frieden in der Ukraine lange blockiert, nur um jetzt über eine Lösung zu diskutieren, die man so ähnlich schon im März 2022 hätte haben können. Die von den USA provozierte Invasion Russlands in die Ukraine — der unter den US-amerikanischen Demokraten geführte Stellvertreterkrieg — soll enden, wenn es nach US-Präsident Donald Trump ginge. Er versprach die Beendigung dieses Konflikts, hatte aber bisher nicht allzu viel Erfolg damit. Gründe für zähe Friedensverhandlungen liegen insbesondere bei den europäischen Bellizisten wie Keir Starmer, Emmanuel Macron, Wolodymyr Selenskyj, Donald Tusk und den deutschen

Kriegstreibern wie Friedrich Merz, Ursula von der Leyen, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Anton Hofreiter, Annalena Baerbock, Roderich Kiesewetter und Konsorten.

Quelle: [Uwe Froschauer auf Manova](#)

4. Israel/Gaza

a. **Die Verhöhnung der Menschlichkeit**

Israel nutzt Hunger und Isolation systematisch gegen die palästinensische Bevölkerung und hat auch für die Institutionen der UN nur Verachtung übrig. Vor dem internationalen Strafgerichtshof spielt sich aktuell ein Schauspiel ab, dass auf erschreckende Weise die Machtlosigkeit der UN demonstriert, wenn es darum geht, Kriegsverbrechen zu verhindern. Es geht um Israels Verpflichtung, als Besatzer humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zu lassen. Doch Israel selbst nimmt nicht an dem Verfahren teil, bezeichnet es als Zirkus und Institutionen der UN als von Terroristen unterwandert. Währenddessen beleuchtet Blinne Ní Ghrálaigh, Anwältin der Palästinenser, das humanitäre Leid, das aus Israels Blockade resultiert.

Quelle: [Manova](#)

b. **Netanjahu begeht Unrecht im Gazastreifen: Selbst der Wohlmeinendste kann Israels Vorgehen nicht mehr verteidigen**

Israel soll nach Netanjahus Willen den Kampf gegen die Hamas ausweiten. Das ist eine fatale Ankündigung. Deutschland muss klar Position beziehen – aus Gründen der Staatsräson.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

c. **Die westliche Welt hat sich im Gaza-Krieg bereits ihr eigenes Grab geschaufelt**

Indem sie es Israel ermöglicht haben, seinen völkermörderischen Impuls zu entfesseln, haben die meisten Staats- und Regierungschefs der Industrieländer eine moralische Grenze überschritten, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann

Quelle: [Antikrieg](#)

d. **EU schweigt zu Gaza und macht sich zur Komplizin von Verbrechen**

Die EU übe keinen Druck auf Benjamin Netanjahu aus. Das kritisiert der frühere Vizepräsident der EU-Kommission, Josep Borrell.

Quelle: [Infosperber](#)

e. **WATCH: Senior UN Official — ‘It Will Be Too Late’ to Rule It ‘Genocide’ ... ‘What More Evidence Do You Need?’**

U.N. Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs Tom Fletcher excoriates

Israel for intentionally starving Gaza and shames the rest of the world for failing to stop it.

Quelle: [Consortium News](#)

f. Diffamiert wegen Kritik an Israels Kriegsverbrechen- während Waffenlieferungsbefürworter toleriert werden - Im Gespräch mit Ulrike Eifler

Ulrike Eifler ist eine der klarsten Stimmen innerhalb der Linken, wenn es um Kritik an Israels Kriegsverbrechen und der Entrechtung der Palästinenser geht. Seit zwei Tagen wird sie nun von rechten Israelsupportern, wie auch von Teilen ihrer eigenen Partei angegriffen, wir haben mit ihr über Palästina-Solidarität, die Haltung der Linken und ihr Engagement gegen Kriege gesprochen.

Quelle: [etos.media](#)

5. USA wollen straffällig gewordene Migranten nach Libyen abschieben

Diese Woche berichteten internationale Medien wie Reuters, The New York Times und The Guardian über die Abschiebungspläne der Trump-Administration. Zielland sollte Libyen sein, wo schon am 7. Mai mit der Ankunft einer ersten Gruppe von Deportierten gerechnet wurde. Ausgerechnet Libyen, ein failed state, der traurige Berühmtheit wegen seines menschenverachtenden Umgangs mit Migranten erlangte und der wegen den in seinen Internierungslagern begangenen schwersten Menschenrechtsverletzungen und seinen brutalen Schleuserbanden berüchtigt ist. In seinem jährlichen Menschenrechtsbericht von 2024 kritisierte selbst das US-Außenministerium die „harten und lebensbedrohlichen Haftbedingungen“ und die willkürlichen Inhaftierungen in Libyen. Allerdings scheint die Abschiebung in solche Horrorländer integraler Bestandteil des US-Deportationsplans zu sein, sollen damit Migranten nachdrücklich davon abgeschreckt werden, illegal in die USA einzureisen.

Quelle: [Gela-News](#)

6. Merz' Macht-Manifest

Der Koalitionsvertrag liest sich wie ein Drohbrief gegen die Freiheit.

Papier ist geduldig. Für die Verfasser des Koalitionsvertrags gilt das Gegenteil. Nicht zwischen den Zeilen, sondern relativ unverblümt werden dort totalitäre Herrschaftsfantasien ungeniert ausbuchstabiert. Militarisierung, digitale Identität verpflichtend für alle Bürger, strengere Regulierung der Meinungsäußerung, verstärkte KI-Nutzung für die Behörden und vieles mehr. Für freiheitsliebende Menschen ist der Vertrag das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Darüber hinaus sind, bevor die Tinte getrocknet ist, schon etliche Passagen an der Realität kollidiert und können bestenfalls unter „Naivität“ verbucht werden. Der Autor hat sich die beschwerliche Lektüre angetan und präsentiert ein „worst of“.

Quelle: [Wolfgang Bittner in Manova](#)

Anmerkung unseres Lesers J.S.: Ein treffender Artikel von Wolfgang Bittner. Unheil über unseren Köpfen.

dazu auch: **Friedrich Merz spricht mit gespaltener Zunge**

In seiner ersten Erklärung als Bundeskanzler gibt sich Friedrich Merz erstaunlich diplomatisch. Das ist Kalkül, meint Ole Nymoen. [...]

Vielmehr scheint es, als habe er in dieser Woche zwei Regierungserklärungen abgegeben. Denn am Dienstag, am Vorabend seiner Ansprache im Bundestag, war Merz noch beim Wirtschaftstag der CDU. Dort stellte er seine eigentliche Agenda klar: »Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand unseres Landes nicht erhalten können«, diese Botschaft drang aus dem Luxushotel Marriott in die breite Öffentlichkeit.

Wenn Merz vom »Wir« spricht, das »den Wohlstand unseres Landes« erhalten soll, meint er natürlich nicht den Wohlstand des gemeinen Bürgers: Der soll keine Verbesserungen seines Lebens herbei fantasieren, etwa in Form kürzerer Arbeitszeiten, sondern sich damit abfinden, dass er den Reichtum anderer erwirtschaftet. Die meisten Deutschen verfügen über kein nennenswertes Vermögen und leisten ihr Leben lang nur einen Dienst am Wohlstand der anderen – all das wird durch die Abstraktion des nationalen »Wir«, das seinen Wohlstand erhält, geschickt getarnt.

Quelle: [Jacobin](#)

7. **Wohnarmut: Verarmungsprogramm Wohnen**

BSW-Anfrage: Jeder vierte Euro geht für Miete drauf. BRD teurer als EU-Durchschnitt
Jeden vierten Euro geben die Deutschen für das Wohnen aus. Auf eine Anfrage des BSW hat das Statistische Bundesamt kürzlich Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat ausgewertet. Demnach haben Haushalte im vergangenen Jahr durchschnittlich 24,5 Prozent ihrer Einkommen für Mieten oder andere Wohnkosten ausgeben müssen. Das sei zwar eine leichte Verbesserung gegenüber 2023, liege aber ganze 5,3 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Gemessen am Einkommen ist Wohnen in der BRD also vergleichsweise teuer.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu auch: **Immer teurere Mieten: Mit diesen Tricks erhöhen Vermieter die Wohnungspreise**

Wohnungen mit Mängeln, nur teilweise renoviert, teilmöbliert vermieten – mit Tricks versuchen Vermieter die Mietpreissbremse zu umgehen. Das zeigt eine Recherche vom SWR.

Quelle: [SWR](#)

dazu auch: **WHO: Soziale Ungerechtigkeit "tötet in großem Stil"**

Wohnverhältnisse, Einkommen, Bildung und andere soziale Faktoren beeinflussen die Gesundheit nach einer Studie stärker als Genetik oder die Qualität des Gesundheitssystems. Die Lebensumstände sowie Benachteiligung und Diskriminierung seien vielfach entscheidend dafür, wie viele Jahre jemand gesund leben könne, berichtet die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Solche sozialen Faktoren bestimmten die Gesundheit zu mehr als 50 Prozent.

Quelle: [n-tv](#)

Anmerkung Christian Reimann: Die WHO wolle ökonomische Ungleichgewichte beseitigen. Nicht erwähnt wird, dass sie z.B. mit der Ausrufung der sog. Corona-Pandemie selber zu einer Umverteilung von unten nach oben beigetragen hat. Einige Super-Vermögende konnten ihren Reichtum enorm ausbauen.

8. **Fabio De Masi nach „Pfizergate“-Urteil: „Von der Leyen führt sich in Brüssel wie Ludwig XIV auf“**

Der BSW-Abgeordnete fordert die EU-Kommission auf, „endlich Demut“ zu zeigen und die SMS zwischen von der Leyen und dem Pfizer-Chef Bourla herauszugeben.

Der EU-Parlamentsabgeordnete Fabio De Masi (BSW) hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen anlässlich des heutigen Urteils im sogenannten „Pfizergate“-Fall erneut scharf kritisiert. Im Onlinedienst X bemängelte er, dass die Kommission noch immer nicht die Textnachrichten zwischen von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla während der Corona-Pandemie herausgegeben habe, in denen mutmaßlich ein milliardenschweres Geschäft zur Beschaffung von Impfstoffen besprochen wurde. Weiter gab er sich überzeugt: „Wer sich so sträubt, hat etwas zu verbergen.“

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung André Tautenhahn: Für ihre [Verdienste](#) unter anderem bei der Eindämmung der Pandemie wird die Kommissionspräsidentin übrigens in diesem Jahr mit dem [Karlspreis der Stadt Aachen](#) ausgezeichnet.

dazu: **Von der Leyens Aussage zu SMS mit Pfizer-Chef laut Gericht unplausibel**

Die EU-Kommissionspräsidentin will den Nachrichtenverlauf mit dem Pfizer-Chef vor und nach einem Impfstoffdeal nicht mehr haben. Das EU-Gericht nennt das unglaublich.

Quelle: [Zeit Online](#)

dazu auch: EU-Kommission verspricht, als Reaktion auf Urteil des EU-Gerichts den Umgang mit Dokumenten zu ändern

Die Europäische Kommission hat versprochen, den Umgang mit Dokumenten zu ändern, nachdem das Gericht entschieden hat, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen wegen der Vorenthaltung von SMS über Impfstoffverträge für schuldig zu erklären. Das gab die Europäische Kommission in einer schriftlichen Erklärung bekannt, die als Reaktion auf das Gerichtsurteil veröffentlicht wurde.

Quelle: [Anti-Spiegel](#)

und: Oops! I did it again...

In der Klage der New York Times (Zwischenfrage: warum eigentlich nicht von FAZ, SZ & Apotheken Rundschau?) wegen Nichtherausgabe des SMS-Austausches zwischen von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla während der Verhandlungen über den Kauf von Covid-Impfstoffen hat das Gericht der Europäischen Union in Luxemburg gestern gegen die EU-Kommission entschieden.

Quelle: [Martin Sonneborn via Twitter/X](#)

9. Ursprung des Coronavirus - Mit Gain-of-Function-Forschung ist die nächste Pandemie programmiert

In der Debatte um den wahrscheinlichen Labor-Ursprung des Coronavirus wird meist vergessen, dass auch in Deutschland sogenannte Gain-of-Function-Forschung betrieben wird. Weltweit fordern zahlreiche Forscher ein Verbot dieser gefährlichen Form der Virenforschung. [...]

Auch im Artikel von Zeit und SZ ist von einer „überlebenswichtigen Diskussion“ die Rede. All das ist groteske Heuchelei, denn die geforderte „Debatte“ findet seit Jahren statt, wird aber heftig bekämpft – politisch, wissenschaftlich, journalistisch. Als lächerlich gemachtes Hintergrundgeräusch schafft sie es nur dann auf die Hauptbühne des öffentlichen Diskurses, wenn klar ist, dass die Schurken jenseits des Wertewestens zu suchen sind.

Quelle: [Cicero](#)

10. Die Geldökonomie: Warum Exportrückgänge höhere Staatsdefizite erfordern

Ein Gastbeitrag von Jan Frederik Moos

Donald Trump begegnet den globalen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen mit Zöllen, Industriepolitik und Protektionismus. Die Folge: Die USA importieren weniger billige Güter – das externe Angebot schrumpft. Deutschland hingegen verliert externe Nachfrage – weil weniger exportiert werden kann. Die geopolitische Neuausrichtung hat eine zentrale makroökonomische Konsequenz für Deutschland: Wenn die externe

Nachfrage wegbricht, muss sie durch inländische ersetzt werden. Andernfalls geraten Wachstum und Beschäftigung unter Druck. Die Verantwortung liegt nun bei der Politik. Sie muss entschlossen gegensteuern – mit höheren Ausgaben, dauerhaften Defiziten und einer Strategie, die keine neuen Ungleichgewichte schafft, sondern das globale Gleichgewicht wiederherstellt.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

dazu auch: **Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse: Fehlschlüsse und Fehlschüsse**

Angesichts heftiger Interventionen der amerikanischen Regierung kann sich Deutschland nicht mehr vor einer Diskussion seiner Leistungsbilanzüberschüsse drücken. Doch statt ernsthaft zu diskutieren, was Donald Trump den Deutschen vorwirft, sind wieder einmal die Nebelwerfer ausgerückt.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)